

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Bürgerschaft,
 der ihnen vorgelegte Entwurf des Haushaltes für das Jahr 2009 ist auch geprägt durch die Haushaltswirtschaft in den Jahren 2007 und 2008.

Unter dem Tagesordnungspunkt 7 soll später die Eröffnungsbilanz zum 01.01.2007 beschlossen werden. Diese wurde vorher durch die örtliche Rechnungsprüfung, die Gemeindeprüfungsanstalt des Landes Nordrhein-Westfalen und den Rechnungsprüfungsausschuss der Stadt Monheim am Rhein geprüft und schließt mit einer Bilanzsumme in Höhe von 440,87 Mio. Euro ab.

Die Stadt Monheim am Rhein verfügt nach dieser Bilanz über Eigenkapital in der allgemeinen Rücklage in Höhe von rund 121,4 Mio. Euro und eine Ausgleichs-Rücklage in Höhe von rund 14,0 Mio. Euro.

Obwohl die Jahresabschlüsse 2007 und 2008 erst in den kommenden Monaten erstellt werden können, erlaube ich mir mit geringem Vorbehalt die Prognose, dass die Ergebnisrechnungen ausgeglichen sein werden und deshalb für das Jahr 2009 die volle Ausgleichsrücklage zur Verfügung steht.

Und das ist auch gut so!

Entwurf der Ergebnisplanung:

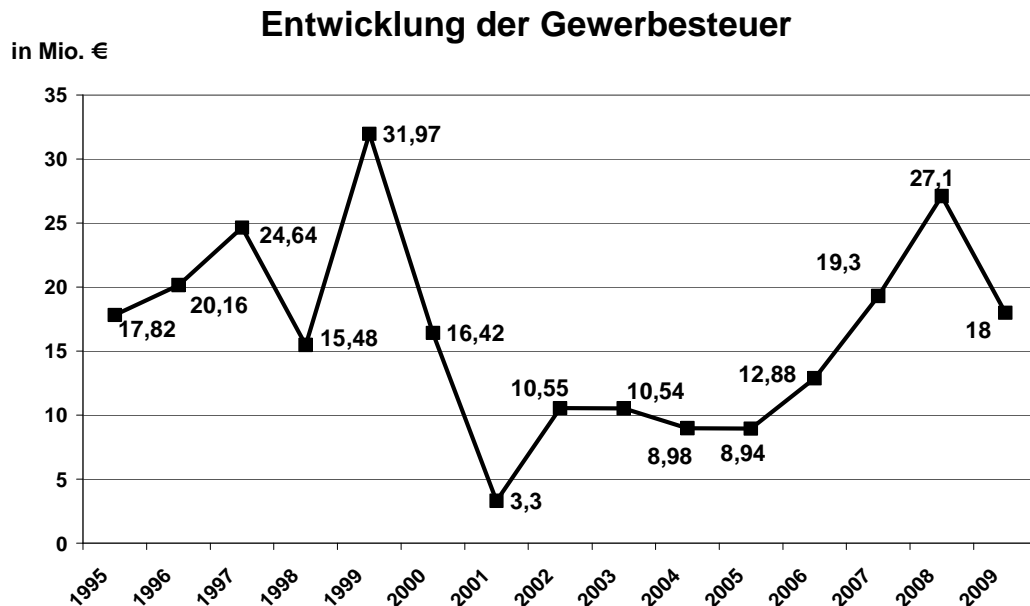
Ergebnisplanung: Ermittlung des Gesamtergebnisses		
	Ansatz 2008	Ansatz 2009
	in €	in €
Summe ordentliche Erträge	81.261.260	76.214.890
./. Summe ordentliche Aufwendungen	84.122.510	84.934.630
Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	-2.861.250	-8.719.740
Finanzergebnis	-5.482.500	-5.132.400
Gesamtergebnis	-8.343.750	-13.852.140

Der ihnen vorgelegte Entwurf der Ergebnisplanung weist als Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit einen Fehlbetrag von 8.719.740 € aus. Addiert man das negative Finanzergebnis von 5.132.400 Euro hinzu ergibt das einen Gesamtfehlbetrag von 13.852.140 €. Faktisch wird die Ausgleichsrücklage auf einen Schlag verbraucht.

Eigentlich ist das kein Grund zur Klage, denn wären die beiden Haushaltsjahre 2007 und 2008 annähernd plangemäß verlaufen, hätten wir die Ausgleichsrücklage über drei Jahre sukzessive aufgezehrt.

Unsere enorm gestiegene Steuerkraft, vor allen Dingen in der für das Haushaltsjahr 2009 maßgeblichen Referenzperiode, führt dazu, dass Schlüsselzuweisungen in Höhe von 11.4 Mio. Euro systembedingt nicht zur Verfügung stehen.

Machen wir diese Ertragsschwankungen einmal ausschließlich an der Gewerbesteuer fest, so ergibt sich für die Entwicklung der Gewerbesteuererträge das folgende Bild:



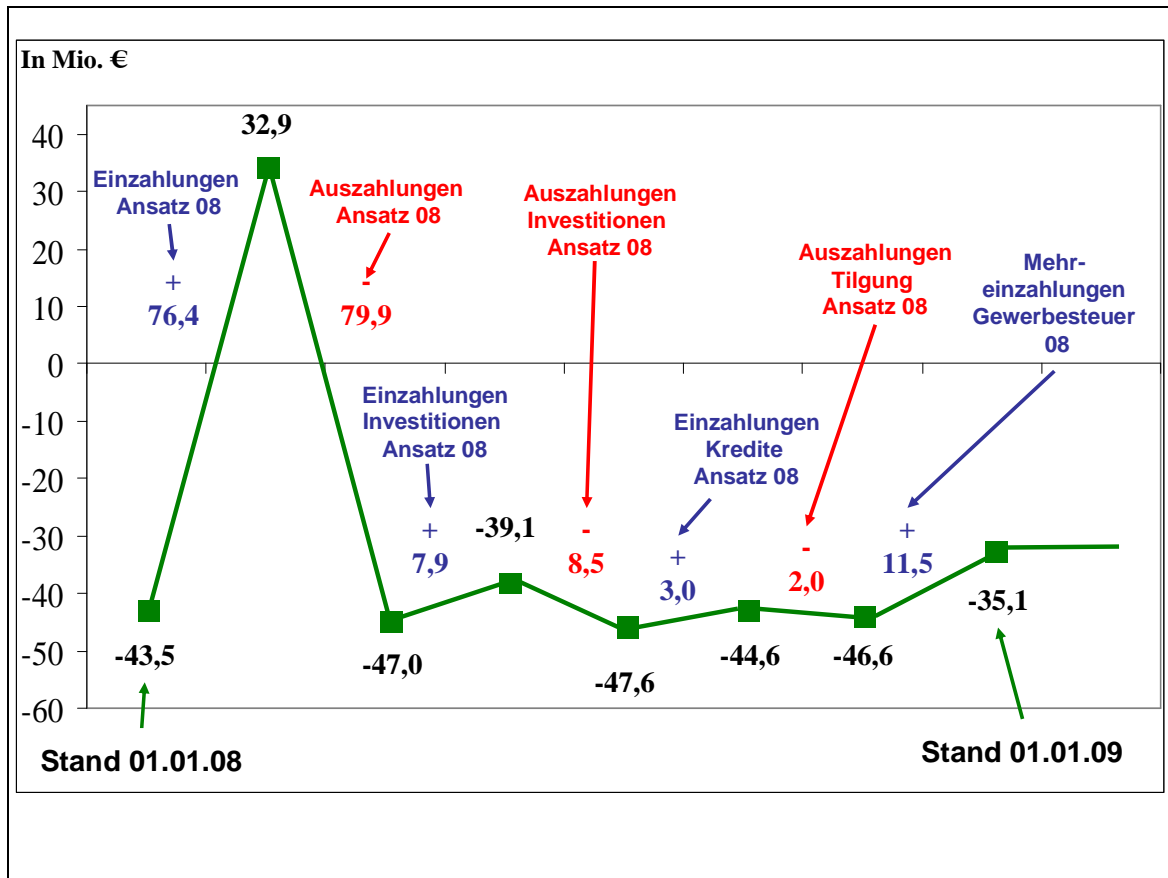
In Anbetracht der erfreulich hohen Erträge des Jahres 2007 und der eklatant hohen Erträge im Jahre 2008 ist selbstverständlich der Ansatz für das Jahr 2009 mit „nur“ **18 Mio. Euro** zu hinterfragen.

Ich versichere Ihnen, dass die Erträge aus 2007 und 2008 in einem zweistelligen Millionenbetrag aus Vorgängen resultieren, die bei einigen Unternehmen noch zu versteuernde Gewinne aus weit zurückliegender Zeit in die Unternehmenskassen und damit auch in unsere Kasse gespült haben.

Diese Ertragssituation ist meines Erachtens nicht wiederholbar. Der Ansatz von 18 Mio. Euro für das Jahr 2009 entspricht im Übrigen der Planung für die Jahre 2009 bis 2011, die die Verwaltung erst noch Ende August dem Rat zur Beschlussfassung vorgelegt hat.

Im Rat, in den Fachausschüssen und auch innerhalb der Verwaltung war in den letzten Monaten sehr häufig zu hören, dass man ja angesichts der sehr hohen Gewerbesteuererträge viele neue Maßnahmen und eventuell auch sogenannte milde Gaben, besonders mit Wirkung für die Folgejahre, beschließen könne.

Die ihnen jetzt hier aufgezeigte vereinfachte Cashflow-Betrachtung für das Haushaltsjahr 2008 wäre in etwa vergleichbar mit dem Kontoauszug eines Privathaushaltes, der zu Beginn des Monats bereits über einen Dispo-Kredit verfügte und der sich am Ende des Monats trotz des 13. Gehalts über seinen Kontoabschluss wundert.



Die Übersicht macht deutlich, dass in der Abschlussbilanz für das Jahr 2008 unter der Position 4.3 „Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditäts-Sicherung“, also den Kassenkrediten, der Schuldenbetrag reduziert wird. Die allgemeine Kapitalrücklage wird sich erhöhen. Die positiven Ertragsresultate haben wir schon in Vorjahren verbraucht und stehen dem Haushaltsjahr 2009 definitiv nicht zur Verfügung.

Vergleicht man die Ergebnisplanungen 2008/2009,

Ergebnisplan: laufende Erträge

	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Differenz zum Vorjahr
Ertragsarten	<i>in €</i>	<i>in €</i>	<i>in €</i>
Gewerbsteuer	13.500.000	18.000.000	4.500.000
Grundsteuer A + B	6.730.000	6.780.000	50.000
Anteil an der Einkommensteuer	15.630.000	17.000.000	1.370.000
Zuweisungen; allgemeine Umlagen	18.330.900	7.226.300	-11.104.600
Privatrechtliche Leistungsentgelte	1.507.300	1.619.270	111.970
Summe ordentliche Erträge	81.261.260	76.214.890	-5.046.370

so wird man schnell feststellen, dass vor allen Dingen die Ertragsseite zu der Ergebnisverschlechterung führt. Die Gewerbsteuer wurde gegenüber dem Ansatz 2008 um 4,5 Mio. Euro angehoben, die Einkommenssteueranteile sollen um 1.370.000 Euro steigen. Alle Ertragsverbesserungen konnten jedoch nicht den Verlust der Schlüsselzuweisungen in Höhe von 11,4 Mio. Euro kompensieren, so dass insgesamt die Erträge um rund 5 Mio. Euro hinter der Planung 2008 zurück bleiben werden.

Ergebnisplan: laufende Aufwendungen

	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Differenz zum Vorjahr
Aufwandsarten	<i>in €</i>	<i>in €</i>	<i>in €</i>
Personalaufwendungen	18.452.160	18.661.080	208.920
Versorgungsaufwendungen	1.350.000	0	-1.350.000
Sach- und Dienstleistungen	13.529.600	13.967.950	438.350
Bilanzielle Abschreibungen	8.695.640	9.037.050	341.410
Kreisumlage	19.760.000	19.660.000	-100.000

Transferaufwendungen	19.815.320	20.738.620	923.300
Sonstige ordentliche Aufwände	2.519.790	2.869.930	350.140
Summe ordentliche Aufwendungen	84.122.510	84.934.630	812.120
./. Summe ordentliche Erträge	81.261.260	76.214.890	-5.046.370
Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	-2.861.250	-8.719.740	-5.858.490

Ordentliche Aufwendungen steigen zwar im Vergleich zur Planung nur um 812.120 Euro, jedoch sind die in 2008 zusätzlich eingeplanten Versorgungsaufwendungen von 1.350.000 Euro, die aber bereits in den Gesamtpersonalkosten enthalten waren, in Abzug zu bringen. Mithin gibt es eine Steigerung der Aufwendungen um 2.162.120 Euro.

Besonders erwähnenswert ist der starke Anstieg der Transferaufwendungen um 0,92 Mio. Euro auf 20,74 Mio. Euro.

Unter diese Rubrik fallen die Erhöhungen von Leistungen der Jugendhilfe um mehr als 400.000 Euro und die Gewerbesteuer-Umlage mit einem Mehraufwand von 760.000 Euro.

Die allgemeinen stark beachteten Sach- und Dienstleistungen steigen um 3,2 % oder 438.350 Euro. Das halte ich – angesichts der Energiepreisstigerungen und der Indexsteigerungen für Aufwendungen nach unserem PPP-Modell für Schulen – für angemessen und vertretbar.

Ich muss darauf hinweisen, dass im Bereich der Gebäudeunterhaltung neben dem Ansatz von 870.000 Euro weitere 600.000 Euro aus Rückstellungen im Jahre 2009 in Anspruch genommen werden sollen. Diese Inanspruchnahme findet man im Ergebnisplan nicht wieder, da bilanziell bereits die Eigenkapitalrücklage um die Summe aller Rückstellungen gekürzt wurden.

Im Finanzplan dagegen wird man erkennen, dass die Auszahlungen für Gebäudeunterhaltung um diese 600.000 Euro erhöht wurden.

Damit, *meine sehr geehrten Damen und Herren*, habe ich bereits den Übergang zur Finanzplanung angesprochen.

Im Finanzplan Teil B sind die gerade auch für die Politik sehr wichtigen Auszahlungen für Investitionstätigkeiten und die dafür erforderlichen Einzahlungen aus Investitionstätigkeiten abgebildet. Insgesamt sollen rund 7,3 Mio. Euro zur Auszahlung gelangen. Darin enthalten sind Teilmaßnahmen aus dem Vorjahr, deren Gegenfinanzierung über Veräußerung von Grundstücken erst in 2009 realisiert wird. Die wichtigsten Maßnahmen entnehmen Sie der Tabelle:

Maßnahme	2009	2010	2011
	€		
IT-Ausstattung	240.000	160.000	120.000

Maßnahme	2009 €	2010	2011
Feuerwehrausrüstung	122.000	600.000	91.000
Schulen	495.000	100.000	92.000
OgaTa H-Gmeiner-Schule		450.000	0
OHG, Realschule Cafes Aula	360.000	0	150.000
KiTa (U3)	35.000	500.000	771.000
Straßenbau- maßnahmen	2.270.000	1.460.000	544.000
Deich, Gewässerläufe	0	2.200.000	0
Kanalbaumaßnahmen	240.000	935.000	925.000
Haus der Chancen	1.200.000	930.000	0
Landschaftspark Rheinbogen	450.000	450.000	450.000
Verlegung Bürgerwiese	20.000	1000.000	0
Grunderwerb	425.000	250.000	250.000

Der Saldo aus Investitionstätigkeit beträgt -184.650 Euro. Deshalb ist aus Sicht der Verwaltung eine Kreditaufnahme nicht zu veranschlagen.

Sehr geehrte Damen und Herren des Rates und der Bürgerschaft – sie wissen es, wir alle wissen es:

Haushaltsplanung und Haushaltswirtschaft spielt sich nicht innerhalb von zwölf Monaten ab, sie beruht aus Erfahrungen der Vorjahre, ist aber im Hinblick auf Entscheidungen, die künftigen Jahre betreffend, besonders sensibel zu betrachten.

Sie haben eben leider vernehmen müssen, dass die Ausgleichsrücklage im Jahre 2009 vollends aufgezehrt sein wird. Das wirft die Frage nach den Haushaltsergebnissen der Folgejahre und der Haushaltssicherung auf.

Gemäß § 75 Abs. 4 der Gemeindeordnung bedarf ein Haushalt der Genehmigung, wenn die allgemeine Rücklage angetastet werden soll. Ein Haushaltssicherungskonzept gem. § 76 GO ist aber erst dann aufzustellen, wenn nach der mittelfristigen Finanzplanung einer Kommune tatsächlich in zwei aufeinanderfolgenden Haushaltsjahren geplant ist, den Ansatz der allgemeinen Rücklage jeweils um mehr als ein Zwanzigstel zu verringern.

Die Mehrjahresplanung hat also einen enormen Stellenwert erlangt.

Wir alle wissen, dass Deutschland die schlimmste Rezession der Nachkriegszeit erwartet. Definitive Erkenntnisse über Art und Umfang der Auswirkungen dieser Rezession auf die städtischen Erträge und Aufwendungen habe ich nicht.

Insbesondere gibt es keine Unternehmensanträge zur Reduzierung von Gewerbesteuervorausleistungen. Trotzdem ist die ihnen jetzt vorgelegte Ergebnisplanung mit Risiken behaftet, die Ende August noch niemand erahnte und die heute niemand beziffern kann.

Auf Basis der im August von Seiten der Verwaltung erstellten und im Rat beschlossenen Mehrjahresplanung könnten sich in den Jahren 2010 bis 2012 folgende Ergebnisse ergeben:

Ergebnisplanung: Ermittlung des Gesamtergebnisses			
	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
	in €	in €	in €
Summe Erträge	86.883.320	88.868.220	89.734.490
./. Summe Aufwendungen	84.376.610	84.625.360	85.590.030
Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	2.506.710	4.242.860	4.144.460
Finanzergebnis	-5.082.300	-5.082.300	-5.182.300
Gesamtergebnis	-2.575.590	-839.440	-1.037.840

Sie sehen, dass die Ergebnisse der laufenden Verwaltungstätigkeit ohne unsere Schuldenlast ausgeglichen sein könnten.

Aber auch unter Berücksichtigung des Finanzergebnisses mit Zinslasten von mehr als 5 Mio. Euro jährlich würden wir die allgemeinen Rücklagen nicht in der Höhe in Anspruch nehmen müssen, die uns zur Haushaltssicherungskommune macht. Die Grenze liegt bei rund 6 Mio. €. Dennoch bleibt festzuhalten, dass im gesamten Planungszeitraum das Eigenkapital um stolze 18,3 Mio. € aufgezehrt werden soll.

Die Finanzplanung:

	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
Summe Auszahlungen	81.107.390	81.084.640	81.704.150
./. Summe Einzahlungen	82.720.610	84.705.510	85.353.260
Saldo laufende Verwaltungstätigkeit	1.613.220	3.620.870	3.649.110
Summe Auszahlungen Investitionstätigkeit	9.567.750	5.310.900	5.480.500
./. Summe Einzahlungen Investitionen	7.138.830	4.711.550	4.001.650
Saldo Investitionstätigkeit	-2.428.920	-599.350	-1.478.850

Finanzmittelfehlbetrag	-815.700	3.021.520	2.170.260
zzgl. Tilgung	3.108.700	3.108.700	3.108.700
abzgl. Kreditaufnahme	0	0	0

Ergebnis = mögliche neue Kassenkredite

Bestandsänderung eigene Finanzmittel	-3.924.400	-87.180	-938.440
---	-------------------	----------------	-----------------

Bei einem Blick auf die Finanzplanung und damit auf die Ermittlung des Liquiditätsbedarfes ist ebenfalls erkennbar, dass die Entwicklung der Kassenkredite nicht unkritisch ist. Sollte sich die Ertragsseite allerdings tatsächlich plangemäß entwickeln, wäre das Ziel der Neuverschuldung Null in den Jahren 2011 und 2012 mit einiger Anstrengung jedoch realisierbar.

Meine Damen und Herren, es gibt eine ganze Reihe von Sachverhalten, die die mittelfristige Ergebnisplanung beeinflussen können. Alle sind wichtig, alle werden früher oder später zu entscheiden sein.

Mir fallen da zwei Themen ein, die eigentlich drei sind und etwas miteinander zu tun haben.

Das erste Thema sind die Kindertagesstätten, hier vor allen Dingen der Ausbau an U3-Plätzen. Im Haushalt bereits investiv komplett durchgeplant ist der Vorschlag der Verwaltung zu diesem Thema und ebenfalls komplett durchgeplant ist die entsprechende Veränderung der Betriebskosten. Auch für 2009 wurden bereits die Mittel für zehn zusätzliche Plätze eingeplant.

Insgesamt betragen die städt. Eigenmittel weit mehr als eine Mio. Euro.

Hätte die Verwaltung sichere Erkenntnisse gehabt, dass ein stärkerer Ausbau an Plätzen bereits in 2009 sinnvoll und faktisch zu realisieren ist, hätte so auch unser Vorschlag ausgesehen.

So hat der Jugendhilfeausschuss im Bewusstsein, dass nicht jeder Platz in der Kürze realisierbar ist, eine Planzahl vorgegeben und dabei auch Bezug auf Vorschläge aus der Trägerkonferenz genommen.

Ich finde das grundsätzlich in Ordnung – aber ich weise darauf hin, dass

1. U3- Plätze die Finanzstruktur der Einrichtung verbessern und gewisse Trägerinteressen auch darin begründet sein könnten,

2. Träger der Jugendhilfe nur einer ist und dass deshalb Vorschläge, die Benachteiligung von anderen Gruppen (Schulkinder) und den Verlust von Rechtsanspruchsplätzen, den wir uns nicht leisten können, explizit auf den Prüfstand müssen,
3. es nicht hinnehmbar ist, dass die Träger Druck auf Einzelpersonen ausüben, nur weil sie ihre Schäfchen ins Trockene bringen wollen, wir aber der Gesamtsituation verpflichtet sind. Dazu gehören auch Stärkung und Ausbau des städtischen Angebotes, für die ich kämpfen werde.

Gerade für die oben angesprochenen Schülerinnen und Schüler fühlt sich das Jugendamt besonders in der Pflicht und muss auch für deren adäquate Betreuung kämpfen, weil am Ende persönliche Verantwortlichkeiten des Jugendamtes stehen könnten.

Ich bitte das zu gegebener Zeit zu akzeptieren.

Als Träger der Jugendhilfe muss man die Gesamtsituation im Blick halten.

Die Gesamtsituation im Blick zu halten, bedeutet auch, dass sich die Strukturen in den Kindertagesstätten deutlich verbessern. Dies geht tatsächlich nur unter dem Einsatz von finanziellen Mitteln. Geradezu grotesk ist die Reduzierung des Ausbaus von U-3 Plätzen auf die Investitionskosten, deren Finanzierung in Summe von mir niemals in Zweifel gezogen wurde.

Die Betriebskosten sind die Bürde. Der Angebotsausbau entsprechend den bisherigen Beschlussvorschlägen kostet immerhin netto 600.000 Euro jährlich zusätzlich.

Deshalb ist auch bei verantwortungsvollem Umgang mit den Ressourcen absolut kein Raum für die Reduzierung oder gar die Abschaffung von Elternbeiträgen.

Generell gilt: Durch den Verzicht auf gesetzlich begründbare Erträge jeglicher Art werden wir keine Strukturen des Angebots ändern und auch nicht die Qualität von Einrichtungen und Angeboten positiv gestalten können.

Auch das Sportstättenkonzept beeinflusst die mittelfristige Planung.

Allerdings finden Sie darüber noch nichts im städtischen Haushalt. Und das hat viele Gründe.

Zunächst möchte ich mich persönlich bei allen Beteiligten, die an der Erstellung des Konzeptes mitgewirkt haben, entschuldigen.

Entschuldigen dafür, dass ich mich mit meinen Leuten der Kämmerei bisher nicht richtig eingebracht habe. Wir haben von Anfang an gesagt, dass eine exakte Rechnung in einem gesonderten Produkt Sportstättenkonzept nach der Beschlussfassung erfolgen sollte.

Ich weiß aber heute, dass es nicht richtig ist, alle Beschlüsse einfach unter den Vorbehalt der Haushaltsverträglichkeit und der Finanzierung zu stellen. Es macht schließlich keinen Sinn, Beschlüsse fassen zu lassen, deren Realisierung auf den Sanktnimmerleinstag verschoben werden muss.

Die Verwaltung wird deshalb, so habe ich jedenfalls den Herrn Bürgermeister verstanden, einen Vorschlag unterbreiten, der alle erforderlichen Voraussetzungen für eine ordnungsgemäße Finanzplanung beinhaltet und auf dessen Struktur die Ratsgremien diskutieren und entwickeln und mit unserer Hilfe auch berechnen können.

Dabei ist auch davon auszugehen, dass eine Bedarfsermittlung erforderlich ist, um

Art und Anzahl der zur Verfügung zu stellenden Sportflächen den Einwohnerzahlen und der demografischen Entwicklung anzupassen.

So handeln wir auch bei Kindertagesstätten, das machen wir bei Schulen, so planen wir Seniorenpflegeeinrichtungen.

Völlig klar ist dabei allerdings, dass die Verwaltung sich an bestehende Ratsbeschlüsse und andere Vorgaben, z. B. das Zielkonzept 2020, halten wird.

So sagt der Masterplan zu Baumberg-Ost-Ost deutlich, dass die Sportanlage Bregenzer Straße aufzugeben ist. Und die Realisierung des Zielkonzeptes 2020 hinsichtlich der Ansiedlung von

jungen Familien und zur Begrenzung des Bevölkerungsrückganges macht die Ausweisung von weiteren Wohnbauflächen unbedingt erforderlich.

Nicht nur, aber auch deshalb gebietet sich die Überplanung des Geländes Jahn-Sportplatz.

Denn sonst, *meine Damen und Herren*, werden wir bald bei den U3-Plätzen eine Bedarfsdeckung von 50 % haben, ohne einen weiteren Ausbau ab 2013 betreiben zu müssen.

Sehr geehrte Damen Fraktionsvorsitzende, sehr geehrter Herr Fraktionsvorsitzender, was immer sie planen, beschließen, konzipieren, – wir beraten sie gern und berechnen die Ergebnisse ihrer Vorschläge – ohne sie Dritten zu verraten.

Wir, dass sind in dem Fall die Bereichsleitungen und Bereichscontroller und alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kämmerei, bei denen ich mich jetzt auf diesem Wege für die Unterstützung bei der Erstellung dieses Haushaltsentwurfs recht herzlich bedanke.

Und ich bedanke mich bei Ihnen dafür, dass sie mir zugehört haben.